

„Freiheit“ erscheint wöchentlich am Samstag und Sonntag...

Die achtspaltige Anzeigenzeile oder deren Raum kostet 5,- M. einschließlich...

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Kahr und Roth zurückgetreten

Zusammenbruch des Systems Kahr - Escherichs Putschabsichten

Der Kampf zwischen Bayern und dem Reich hat vorläufig...

verlangte insbesondere die Wahrung der Selbständigkeit Bayerns...

Die Regierungskoalition bleibt München, 12. September.

Demnach haben sich also auch in Bayern die Kräfte als...

entchiedene Abwehr der christlichen Arbeiterschaft gegen die...

Die Nachsitzung Kahr drückt sich Drahtmeldung unseres Korrespondenten München, 11. September.

Von der eigenen Partei gestürzt

Kahrs Rücktritt - Dr. Heim gegen die Verständigung mit der Reichsregierung...

Die Gruppe Enlander wollte in München Flugblätter verteilen...

„Glaubt die Landeszentralbehörde dem Ersuchen nicht entsprechen zu können...“

Weiter wird die folgende Schlussbemerkung vorgeschlagen:

Unter der Voraussetzung, daß die Reichsregierung dem Wunsche der bayerischen Regierung entspricht, erklärt sich diese bereit, der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern näherzutreten.

Die Abgeordneten der U. S. P. D. und S. P. D. wandten sich mit aller Entschiedenheit gegen diese Formulierung des Schlusses. Die bayerische Regierung habe schon so oft davon gesprochen, daß sie einem Abbau und der Aufhebung des Ausnahmezustandes „näherzutreten wolle“, daß man kein Vertrauen mehr zu ihr haben könne. Außerdem sei die Regierung durch die Interpretation, die Abg. Held dem Schlusse dahin gebe, als ob er die faktische Aufhebung des Ausnahmezustandes bedeute, nicht gebunden. Die sozialistischen Parteien warnten davor, durch diese Formulierung neue Schwierigkeiten zu machen. Wenn man schon mit dem „Näherzutreten“ die Aufhebung des Ausnahmezustandes meine, dann müsse man auch den Mut haben, das auszusprechen.

Abg. Kiser (S. P. D.) beantragte, die Schlussbemerkung dahin zu fassen, daß „unter dieser Voraussetzung u. s. w.“ die bayerische Regierung mit Inkrafttreten der Reichsverordnung von sich aus den Ausnahmezustand aufheben wird. Dieser Antrag wurde gegen die sozialistische Linke abgelehnt. Die Neufassung der Paragraphen 4 und 7 wurden bei Stimmenthaltung der sozialistischen Parteien angenommen. Bei der Abstimmung über Einleitung und Schlussworte enthielt sich auch die bayerische Mittelpartei (Deutschnationale) der Stimme, da sie die Auffassung vertritt, daß es an der Regierung liegt, zunächst ihrerseits hierfür Vorschläge zu machen. Hier zeigte sich also schon das Zusammenpfeifen zwischen Kahr und den Deutschnationalen.

Die Staatsregierung wurde beauftragt, alsbald zu den Beschlüssen des Ausschusses Stellung zu nehmen und in der nächsten Sitzung Mitteilung darüber zu machen.

Am 11 Uhr am Sonntag morgens wurde die Sitzung geschlossen, die am Samstag nachmittag um 1/2 5 Uhr begonnen hatte. Die nächste Sitzung wurde auf Sonntag vormittags 11 Uhr anberaumt.

Die Sonntagssitzung

Kahr und die Deutschnationalen isoliert

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

München, 11. September.

Die heutige Sonntagssitzung zeigte deutlich, daß der Ministerpräsident von Kahr sich nur noch auf die Deutschnationalen verlassen kann. Der Vorsitzende Held teilte mit, daß der Ministerrat beschloßen habe, den Vorschlägen des Ausschusses beizutreten, nur der Schlusssatz müsse einen Zufuß erfahren. Der Ministerrat stehe auf dem Standpunkt, daß gegenwärtig, wo man nicht wisse, wie sich die Dinge in Frankfurt gestalten, er nicht in der Lage sei, für die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes einzutreten. (Also die gleiche Begründung, wie sie gestern Abend von den Deutschnationalen gegeben wurde.) Die Regierung sei aber bereit, den Ausnahmezustand aufzuheben, sobald sich zeige, daß keine Gefahr mehr vorliege. Deshalb müsse der Schlusssatz lauten:

„Unter der Voraussetzung, daß die Reichsregierung dem Wunsche der bayerischen Regierung entspricht, erklärt sich diese bereit, der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern näherzutreten, sobald die Verhältnisse es erlauben.“

Abg. Held schilderte nun noch die Schwierigkeit der Lage, in der sich die bayerische Regierung befindet, und Abg. Dr. Dier (Dem.) verlas eine Erklärung, in der er forderte, daß die bayerische Regierung aus eigener Entscheidung die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes durchführe, wenn durch eine verbesserte Reichsverordnung eine neue Grundlage für die Handhabung des Ausnahmezustandes gegeben sein wird. In diesem Sinne habe seine Fraktion der Schlussformel des Abg. Held gestern Nacht zugestimmt, dessen mehrfache Erläuterungen keinen Zweifel an der Bedeutung dieser Schlussformel zulassen. Damit wäre der jetzige Konflikt zwischen Bayern und dem Reich aus der Welt geschafft. Es sei zu wünschen, wenn man die Formulierung der Regierung annehme, den Eindruck hervorrufe, als ob man von der bisherigen Linie des Verhandlungswillens abgehen wolle.

Abg. Dr. Hilpert (Bayer. Mittelp.) stellte sich auf den Boden der Formulierung des Schlusssatzes, wie er von der Regierung vorgeschlagen wurde.

Abg. Sängler (S. P. D.) stellte fest, daß die Erklärung der Regierung in unklarem Widerspruch stehe zu dem, was Abg. Held gestern gesagt habe. Das Mißtrauen der sozialistischen Parteien habe sich als gerechtfertigt erwiesen. Kahr tritt das Organ der bayerischen Einwohnerwehren, das „Heimatländ“, worin zu Gewalt und zum Hochverrat aufgefordert werde, er frage das

Ministerium, ob gegen das „Heimatländ“ vorgegangen werde. Es sei nur noch ein Spiel, was hier im Ausschuss getrieben werde, das man Komödie nennen müsse. Kahr kritisierte dann auch scharf, daß Ministerpräsident von Kahr es nicht der Mühe wert gehalten habe, hier im Ausschuss zu erscheinen. Es habe keinen Sinn mehr, zu reden. Die Folgen des Spieles haben die Regierung und die sie stützenden Parteien zu tragen.

Hierauf spricht zum ersten Male nach zweijähriger Festungshaft Abg. Niesch (U. S. P.):

Die Reichsregierung verlange von Bayern nur die Beseitigung eines schreienden Unrechtes. Der Ausnahmezustand, der ganz einseitig gegen links angewandt worden ist, während die Rechtsparlamentarier davon verschont geblieben sind, hat mit Gerechtigkeit nichts mehr zu tun und die Aktion der Reichsregierung, die jetzt endlich einmal entschlossen zu sein scheint, gegen dieses Unrecht vorzugehen, um von Berlin aus in Bayern Ordnung zu schaffen (Obwohl rechts) begrüßen wir. In diesem Augenblick, wo die Reichsregierung die Herstellung des Rechtszustandes in Bayern erstrebt, begehrt die Rechte Handlungen, die an Höchstverrat grenzen, ja bereits Hochverrat sind. Die bayerische Geschichte ist nichts anderes, als eine ständige Rebellion gegen das Reich. Wenn jetzt in Frankfurt an gelehrter Basis Bestrebungen aufzutauchen, unter gewissen Umständen eine Loslösung Frankens von Bayern zu erreichen unter Anschluß an das Reich, so sind diese Bestrebungen nur zu gut zu verstehen, denn ich glaube, alle Deutschen haben das Recht, dem Zustande zuzustreben, der im Reich jetzt durchgeführt werden soll, nämlich dem Zustand des Rechts. Diese Bestrebungen sind nur eine Folge des reichsfeindlichen Verhaltens der bayerischen Regierung. Noch niemals hat die Regierung einen wirklich durchschlagenden Grund für die Beibehaltung des Ausnahmezustandes beigebracht. Es handelt sich jetzt für die Regierung mit der Frankendebatte nur um einen neuen Vorwand. Sie will einfach dieses bequeme Mittel des Ausnahmezustandes nicht preisgeben und

mag auch das Reich darüber zugrunde gehen!

Die ganze deutsche Politik zeigt, daß dort, wo die Deutschnationalen sind, nur Unheil angerichtet wird und daß dort Köpfe zerklüftet werden. Wir sozialistischen Parteien haben in dieser kritischen Situation hinter dem Reich. Die Verhaftung des Abg. Niesch ist ein Bruch der Immunität. Wir hoffen, daß die Reichsregierung fest bleibt, wir hoffen, daß sie jetzt Bayern keinen Schritt mehr entgegenkommt. Wir haben in Bayern einen Konflikt nach dem anderen und wir werden nicht aus den Konflikten herauskommen, wenn so weitergewirtschaftet wird. Der Ausnahmezustand soll deshalb nicht aufgehoben werden, damit später neue Konflikte damit heraufbeschworen werden. Ich möchte schließen mit dem Wort eines griechischen Helden: „Die Vaterlandsliebe besteht darin, daß man lieber das Vaterland zerbricht, als daß man es unter der Volksherrschaft blühen sieht.“ Wenn dieses Wort für Sie zutrifft, dann ist die Vaterlandsliebe der bayerischen Verantwortlichen tiefengroß!

Die bayerische Volkspartei gegen Kahr

Abg. Speck (Bayer. Vp.) wandte sich nun gegen die bisherige Prestigepolitik und verlangte, daß alles getan werde, um mit der Reichsregierung zu einer Einigung zu kommen. Die Spitze der Ausführungen richtete sich offensichtlich gegen die Starrköpfigkeit des Ministerpräsidenten v. Kahr und die Formulierung des Schlusssatzes. Wiederholt wurde er von Beifall durch die Sozialisten unterbrochen.

Abg. Dr. Wohlmann (Bayer. Vp.), der den rechten Flügel seiner Partei vertritt, versucht noch eine Vertagung herbeizuführen, um die Widerstände in seiner Fraktion zu überwinden. Sein Antrag wird aber abgelehnt.

Nach einer kurzen Aussprache wurde die Fassung des Schlusssatzes, die die Regierung vorschlägt, und in der sie den Ausnahmezustand erst aufheben will, wenn es die Verhältnisse erlauben, das heißt über Jahr und Tag, wenn es den Deutschnationalen paßt, mit sämtlichen 30 Stimmen gegen vier deutschnationale Stimmen und eine Stimme der Bayerischen Volkspartei abgelehnt! Damit hat Kahr eine schwere parlamentarische Niederlage erlitten.

Ein einsichtiger Dichter. Geyhart Hauptmann will den schlechten Wit seiner Freunde nicht mitmachen und erklärt, daß er gar nicht daran denke, seine literarische Tätigkeit aufzugeben, um eine Kandidatur als Reichspräsident anzunehmen.

Die Vorgänge in Speyer. Wie die „Frankfurter Zeitung“ erzählt, haben die Franzosen infolge wiederholter Proteste der Speyerer Regierung die Polizeigewalt wieder den deutschen Behörden übertragen.

Die Sitzung des Ueberwachungs-ausschusses

Der Reichstagsausschuss zur Ueberwachung der Verfassung hat heute wiederum zusammen. Vorher fanden verschiedene Beratungen der Parteien statt. Gleich nach Eröffnung der Sitzung ergab der Vertreter der Bayerischen Volkspartei, Herr Dr. Wenner, das Wort. Er führte lebhaft Beschwerde über die §§ 4 und 7 der Reichsverordnung und beantragte ihre Aenderung. Sie läuft darauf hinaus, Bayern die Exekutive zu überlassen, so daß die Landesregierungsbehörden an die Stelle der Reichsbehörden treten. Wie er mittelst, haben in der gestrigen Sitzung der Vertreter der bayerischen Parteien sich die Reichssozialisten der Stimme enthalten, so daß die Vorschläge der Koalitionsparteien ohne Widerspruch angenommen wurden.

Der Reichskanzler Dr. Wirth, der nach ihm das Wort ergreift, weist ihm seinen Irrtum nach in Bezug auf die §§ 4 und 7 der Verordnung und stellt fest, daß die Aenderung dieser Paragraphen, so wie sie jetzt lautet, auf ausdrücklichen Wunsch der bayerischen Vertreter geschieden ist. Ferner stellt der Reichskanzler fest, daß von alledem, was Herr Dr. Wenner vorträgt, ihm bisher weder Mitteilung gemacht worden ist, noch seien ihm Personen genannt worden, die diese Verhandlungen mit der Regierung führen sollten. Bei Reaktionschluss spricht der Reichskanzler noch.

Wie uns ferner kurz mitgeteilt wird, sprachen nach der Rede des Reichskanzlers die Abg. Spahn (Ztr.) und Hertz (Deutschnational). Dann wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte eingebracht, der Erregung veranlaßt, weil er dem Vertreter der Unabhängigen Partei die Möglichkeit nehmen soll, die Auffassung seiner Fraktion darzulegen.

Elektrizität und Straßenbahn stillgelegt

Zwischen dem Magistrat und den städtischen Angestellten besteht seit einiger Zeit Differenzen über das Lohnverhältnis der Angestellten. Die Angestellten wollen die Festsetzung des Tarifvertragsverhältnisses, während der Magistrat die Auffassung ist, daß die Angestellten unter die Besoldungsverordnung gehören. Am 19. August hat der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin einen Schiedsspruch gefällt, worin er sich auf die Seite der Angestellten gestellt hat. Der Domänenverwaltungs-Kommissar hat diesen Schiedsspruch für verbindlich erklärt. Der Magistrat hat in seiner letzten Sitzung am vergangenen Sonnabend seinen bisherigen Standpunkt, wonach die Angestellten wie die Beamten unter die Besoldungsverordnung fallen, beibehalten, aber gleichzeitig beschlossen, die Entscheidung der vorgesehnen Verwaltungsbehörde anzurufen.

Inzwischen sind aber die städtischen Angestellten in den Streik getreten. Wie uns der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband mitteilt, ist die Stilllegung der Elektrizitätswerke dadurch erfolgt, daß es Angestellte sind, die den Strom einzuschalten haben und dies heute morgen infolge ihres Streiks nicht weitergerieten. Dadurch ist die Stromversorgung in Berlin unterbrochen und nahezu das gesamte Wirtschaftsleben Berlins lahmgelegt. Die Elektrizitätsarbeiter lehnen es ab, die Arbeiten der streikenden Angestellten auszuführen.

Wie wir vom Magistrat erfahren, besteht auch unter den Angestellten keine einheitliche Meinung über den Kern des Konflikts. Diese Meinungsverschiedenheit findet demnach ihren Ausdruck, daß die Angestellten der Borowitzer, Charlottenburg, Pichthenberg usw., nicht streiken. Die „12 Uhr-Mittags-Sitzung“ meldet, daß der Betrieb in den Gas- und Wasserwerken aufrechterhalten bleibt. Ebenso ist die Untergrundbahn in vollem Betrieb, da sie über ein eigenes Kraftwerk verfügt. Es herrscht natürlich heute morgen auf der Untergrundbahn das bekannte lebensgefährliche Gedränge, doch konnte der Verkehr aufrechterhalten werden. Infolge der unterbrochenen Stromversorgung wurde auch heute vormittag in der zwölften Stunde der Fernverkehr bei den Fernsprechkämmern eingestellt.

Heute mittag 1 Uhr wurde mit Verhandlungen im Handelsministerium begonnen, an denen die Streikenden durch ihre Delegationsvertreter, der Domänenverwaltungs-Kommissar, der Oberbürgermeister, der Magistrat und der Minister des Innern teilnahmen.

Das schönere Denkmal

Von Wilhelm Berger

Fern von Ruhland schweiften doch meine Gedanken nach dem sonnigen Süden, den blauen Wassern des Donstromes, an dessen Ufern ich ein halbes Jahr meiner Kriegszeit verbrachte.

Es sind nicht Gedanken frohlicher Natur, die uns an Rostow binden, die Traurigkeit verlangt ihr Recht, und sie erhält es. Traurig wird man, wenn man sich der schweren und blutigen Kämpfe um die Sümpfe von Balaia und der in und um Rostow tobenden deutschen Kanonaden erinnert. Damals glaubte man noch an Deutschlands Recht und wertete den Tod der Gefallenen anders. Heute, nachdem so viele Archive geöffnet, nachdem so viele Bücher geschrieben sind, denkt man wohl anders. Man weiß heute, daß alle diese Toten und alle diese Krämpfe nichts anderes als die Opfer, die armen, bedauernswerten Opfer der nationalistischen Politik der wilhelminischen Regierung sind.

Auf dem Volkswirt-Friedhof in Rostow liegt ein Teil der armen Gefallenen begraben. Ungefähr zweihundert gutgepflegte Gräber bergen die Körper von deutschen und österreichisch-ungarischen Kriegern, darunter zwei oder drei Offiziere und ein österreichischer Fähnrich. Wie oft bin ich während des Sommers nach diesem Friedhof gepfiffen. Bin herumgegangen von einem Kreuz zum anderen, habe immer wieder die einzelnen Namen und Daten gelesen, an die verlassenen Hinterbliebenen, die lehnlos, nun umsonst wartenden Bräute gedacht und innerlich... gemeint, ein deutscher Soldat und gemeint. Ein weißes schlichtes Kreuz festelte besonders meine Aufmerksamkeit, das des österreichischen Fähnrichs. Nicht wegen seines vornehm klingenden Namens, seines militärischen Ranges, nein, das war es nicht, aber ich hatte auf der Rückseite dieses Kreuzes eine Aufschrift entdeckt, ein paar undeutlich geschriebene russische Worte, die ich jedesmal nur mit Mühe entzifferte: „Салае wohl, lieber Krieg, mag Dich die russische Erde nicht zu sehr bräuen. Werde Deiner ewig gedenken. Deine treue Katja.“

Ich war mir klar, was diese Worte bedeuteten. Sie waren der Schmerzschrei eines russischen Mädchens um seinen gefallenen Geliebten, sie bedeuteten die klare Verneinung des Nationalitätenprinzips, des von der Regierung dem Volke aufgedrängten Hasses gegen die vermeintlichen Feinde, weiter waren sie eine vielleicht ungewollte, aber dennoch eindeutige Bejahung des Menschlichkeits-, des Nächstenliebegedankens. Das tapferer russische Mädchen hatte noch vor dem Waffenstillstand, als noch die Kanonen die Kultur und Menschheit Europas in Stücke rissen, den einzig wahren Weg der Humanität betreten. Sie hatte ihrem Feinde die Hand zur Versöhnung entgegengehalten, sie hatte ihn — geliebt.

Am 1. Dezember wurde ein schlichter Denkstein für die gefallenen Soldaten auf jenem Friedhof enthüllt. Ich war dazu ausgesendet worden, den vom Stad gestifteten Kranz mit schwarz-weiß-roter Schleife durch die ganze Stadt zu tragen. Neben wurden gehalten. Die donische Kosakenregierung hatte einen Vertreter entsandt, der in späteren Zeiten für die uns teuren Gräber zu sorgen versprach. Die Musik spielte einige melancholische Weisen.

Das war die Enthüllungsfest vom 1. Dezember 1918. Ich aber stand in der Menge, starrte den Denkstein an und verließ ihn und seine metallenen Worte: „Unsern Helden“ mit jenem weißen Kreuz des österreichischen Fähnrichs, bekrönt von einem kleinen, verliebten Mädchen, mit dunklen, wehmütigen Augen, mit einem nach Küssen lebendigen Mund, und fragte mich immer wieder und wieder, welches wohl das schönere Denkmal war. Die Antwort blieb immer dieselbe, sie fiel gar nicht schwer.

Eine Gedächtnisfeier. Ordens- und Epaukettenträger kommen zusammen, um mit hochtönenden Worten ihre „Heldentaten“ im Kriege zu feiern — anders sehen die Feiern zum Gedächtnis der wahren Helden des Krieges aus. In dem Dörfchen Holzwell in England gibt es keinen entlassenen Soldaten, keinen Invaliden; also auch keinen Vereinen von Kriegsteilnehmern. Der Gemeinderat braucht sich nicht um Unterbringung entlassener Mannschaften, um Verpflegung Arbeitsunfähiger zu kümmern. Und doch hat dort eine Gedächtnisfeier für die Kriegsgedeten stattgefunden. Hundert Einwohner sind im Dorf. Zwölf davon zogen ins Feld. Keiner kam zurück! weder als Invalide, noch als Ueberlebender. So mag man das kleine Holzwell das tapferste Dorf in England nennen. Seine Soldaten fielen an den Dardanellen, in der Seeschlacht bei Jütland, auf den Schlachtfeldern Frankreichs. Einer kam auf Urlaub, und — ertrank. Unter den Gefallenen war ein ältester Sohn von 7 Geschwistern, selbst noch keine 17 Jahre alt. Andre, verheiratete, waren längst tot, ehe die Nachricht an die Familien daheim gelangte. Eine der Witwen wurde fast wahnsinnig vor Angst um das Schicksal ihres Mannes. Jetzt war das Gedächtnisfest. Die Namen der Toten sind auf einer Seitenmauer der Kirche eingemeißelt. Aber während das Dorf feierte, werden die Angehörigen der Toten noch einmal den letzten Brief hervorgeholt haben, das letzte Bild, die letzten knappen Nachrichten vom Tode ihrer Lieben. Und ein Nach wird aufsteigen aus dem tapfersten Dorf, in dem keiner lebt, der vom Krieg erzählt kann.

Jubiläum und Ende des Russen-Theater. Am 1. Oktober d. J. beschloß das beschiedene, volkstümliche Theater in der Reichenberger Straße 25 Jahre und sitzt zu gleicher Zeit als solches. Es wird Kinos! — Wahrscheinlich um einem langgefühnten Bedürfnis abzuwehnen, obgleich die Gegend am Rotenburger Tor, wo das Russen-Theater liegt, mit „Kinos“ bis in Neufalk hinein mehr als gesegnet ist! — Am 1. April d. J. wurde dem langjährigen Leiter des Russen-Theater, Direktor Ernst Ritterfeldt, sein Vertrag von der Eigentümerin des Hauses zum 1. Oktober d. J. gekündigt, weil das Theatergrundstück an eine Kinogesellschaft verkauft war; letztere schloß sich der Kündigung an. — Direktor Ritterfeldt machte den Vorschlag, ihn noch so lange im Hause zu lassen, wie sein Vertrag läuft, nämlich bis Ende 1924. Dies wurde von den Käufern abgelehnt mit der Begründung, daß das Haus lediglich von ihnen zum Zwecke eines Kinos gekauft sei. — Personal und Direktion reichten nun Petitionen an das Kultusministerium, Wohlfahrtsministerium u. s. w. ein, in wel-

chen sie gegen die Umwandlung des Russen-Theaters in ein Kino protestierten und auf ihre Existenzvernichtung hinwiesen; über 20 000 Besucher des Theaters protestierten ebenfalls beim Wohlfahrtsministerium — alles umsonst. Das Kultusministerium antwortete, daß es keine gesetzliche Handhabe hätte, das Wohlfahrtsministerium, daß die Eingabe dem Herrn Oberpräsidenten in Charlottenburg übergeben sei. — Dabei blieb es. — Ein weiterer Beschloß kam nicht. Schließlich machten sich ein Vertreter der Bühnengenossenschaft und die Direktion auf, und fuhren zum Wohlfahrtsministerium. Von dort wurden beide Herren zum Oberpräsidenten in Charlottenburg gewiesen. Hier angekommen, schloß sie bei dem zuständigen Beamten alle Eingaben liegen — zogen resultatlos wieder ab. Als Direktor Ritterfeldt sah, daß ihm von den genannten Behörden keine Hilfe wurde, nahm er, gezwungen, da er einen langwierigen, und zum minderen zweifelhaften Prozeß der Ansummen hätte kosten können, die Sache auf und konnte, einen ihm angebotenen Vergleich annehmen. Das Russen-Theater wird Kino. Direktion und Darsteller werden am 1. Oktober d. J. das Haus, über 20 000 Besucher vorweisen ihre liebgehabtes Theater, und alle fragen sich: Was ist mit einem Wohlfahrtsministerium, die bei solchen Anlässen mit mir in einem sozialen Staate? Woju erhalten wir ein Kultusministerium?

Volkshochschule Groß-Berlin. Der Arbeitsplan für die Herbstperiode ist sofort erschienen. Er enthält die Anknüpfung von mehr als 200 Kurzen und Arbeitsgemeinschaften. Alle Gebiete der Wissenschaft, Technik, Kunst, Musik und Literatur sind vertreten. Durch Vorträge und Vorführungsabende, Vorträge, Kurse, Seminare und Museumführungen wird der Herberung nach zunehmender Anknüpfung und Lebendigkeit des dargebotenen Bildungstoffes in weitestem Umfang Rechnung getragen. Auch eine Neuorganisation der Kurse ist vorgesehen. Eine bemerkenswerte Neuerung stellen die Kurse für Schichtarbeiter dar. Es sind sich dem Schichtwechsel anpassen, indem sie in der 1., 2., 3., 4. und 5. Woche am Beispiel am Montag, in der 2., 4., 6. und 8. Woche am Dienstag stattfinden. Im Vergleich der bisherigen Kurse sollen zahlreiche Namen auf die in der wissenschaftlichen Arbeit besten aufzuteilen. Bekannte Künstler, Schriftsteller und Kritiker werden neben ihnen. Die Veranstaltungen verteilten sich auf 46 Lehrstätten in allen Stadtbezirken, so daß jeder einen ausreichenden Platz hat, um seine Freizeit zu verbringen, und dem denkbar geringsten Zeit- und Geldaufwand von dieser wertvollen Gelegenheit zur Erweiterung und Vertiefung seiner Bildung Gebrauch machen kann. Besondere Aufmerksamkeit sind nicht erforderlich, da alle Vorträge gemeinverständlich gehalten werden, und überdies jeder, dem Teilnahme etwas unklar geblieben ist, das Recht hat zu fragen und um Erläuterung zu ersuchen. Die Hörschulung beträgt nur 30 Minuten pro Stunde, so daß die Vortragsreihe von 8 Abenden um 14 Stunden den 6. März, die Reihe von 8 Vorträgen den 8. März, die Reihe von 8 Vorträgen und Arbeitspläne sind außer in der Volkshochschule Groß-Berlin K.M.7, Georgenstr. 34-36, in den Volkshochschulen am Engelplatz, in der Volkshochschule, sowie in der Verhandlung der „Freiheit“ erhältlich.

